

**Quelle: Die Zeit**

Provided by GENIOS

Politik

# Dabei sein ist nicht alles

## Afghanistan, Kongo, Libanon, Sudan: Muss denn die Bundeswehr überall hingeschickt werden?

Josef Joffe

Von den Briten wird gesagt, sie hätten ihr Imperium »in a fit of absent-mindedness« gewonnen, in einem Anfall von Geistesabwesenheit. Wird man Ähnliches dereinst auch von den Deutschen sagen, deren Truppen inzwischen rund um die Welt verteilt sind? Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Dschibuti, Sudan, Georgien, Kongo Demnächst werden sie gar vor der Levante kreuzen, just an der Kante der blutrünstigsten Region auf Erden. War das gut überlegt, passen die nationalen Mittel zu den globalen Zielen? Eher nicht.

Mal wurde die eigene Geschichte (»Nie wieder Auschwitz«), mal die Verantwortung (»Wir können uns nicht verweigern«) angeführt. Unsterblich ist der Satz des damaligen Verteidigungsministers Struck, die Nation werde auch am Hindukusch geschützt. Daran ist nichts Falsches, aber auch nichts Zwingendes jedenfalls nicht in dem Sinne der Notwendigkeit, die sich auftürmt, wenn der Feind die Landes- oder Bündnisgrenzen überschreitet.

War of choice lautet der englische Begriff, wenn ein Staat seine Soldaten einsetzt, ohne dass eine unmittelbare Gefahr droht. Das tut er dann im Namen eines »erweiterten Sicherheitsbegriffes«, der einst Raub und Expansion begünstigte, aber heute, zumal im deutschen Kontext, nicht als zynische Maskerade verhöhnt werden sollte. Der Außenminister hat Recht: Deutsche Soldaten

werden nicht entsandt, um »dort Land zu zerstören oder den deutschen Machteinfluss zu vergrößern«.

Die realpolitischen Bedrohungen sind in der Tat global, und sie landen rasch vor der eigenen Haustür vom internationalen Terror über die Atom- und Raketenaufrüstung bis zur Öl-Waffe. Die idealpolitischen Aufgaben sind auch global, weil Genozid und Vertreibung nicht nur die moralischen Fundamente jeglicher Weltordnung attackieren, sondern auch neue Kriege gebären.

Und doch: Wo »global« die Köpfe und »Moral« die Herzen bewegt, gelten keine Grenzen. Wo man nicht nein sagen darf, macht man sich zum Spielball von anderen. Wo die »Verantwortung vor der Geschichte« so Angela Merkel angemahnt wird, ist alles möglich, ja geboten, haben doch die Deutschen und Europäer im Laufe der Jahrhunderte ein hübsches Erbe angesammelt. Die Spanier haben den Genozid im Amerika des 16. Jahrhunderts erfunden, die Deutschen haben ihn im 20. perfektioniert; dazwischen lag eine endlose Reihe von Religions-, Hegemonial- und imperialistischen Kriegen. Das ergibt ein schier unerschöpfliches Reservoir von Verantwortung und Verpflichtung.

Dieses Verantwortungsgefühl ist nicht falsch, das richtige Handeln aber erfordert jedes Mal die Antwort auf drei klassische Fragen der Außenpolitik: Warum gerade dieser

Einsatz, woher die Mittel, wie lange wird es dauern? Die Bundesrepublik pflegte sich klugerweise nur dort zu engagieren, wo knappe Mittel mit minimalen Bedrohungen einhergingen etwa im Kosovo, nachdem die Nato die Serben niedergekämpft hatte, oder im afghanischen Kundus, wo die Gefahr hauptsächlich von einstürzenden Schulneubauten drohte. Doch deckt Afghanistan schon den Kern des Problems auf. Das Land ist eben nicht befriedet, die Taliban sind wieder da, jetzt mögen die Deutschen nachlegen: mit mehr Truppen, die im umkämpften Süden beim echten Kriegshandwerk gefragt sind. Wer also A sagt, muss B sagen können oder eine elegante Exit-Strategie parat haben. Im Krieg kennt man leider nur den ersten Schritt, weshalb just dieser genauestens überlegt werden sollte.

Die Bundeswehr mausert sich zwar seit 15 Jahren zur Einsatzarmee, hat auch Tausende von schweren Panzern abgestoßen, die einst den Vormarsch der Sowjetarmee stoppen sollten. Aber es reicht hinten und vorne nicht, was nicht bloß Soldatengejammer ist. Es reicht nicht, weil der Wehretat auf 1,4 Prozent der Wirtschaftsleistung zusammengeschrumpft ist (im Kalten Krieg: um die drei). Der Anti-Guerilla-Krieg, ob im Irak oder in Afghanistan, erfordert viele, viele »Stiefel auf dem Boden« auch Kampfpanzer, von denen die Deutschen nur noch ein paar hundert besitzen.

## Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Kurzum: Man darf als Economy-Macht nicht Business fliegen wollen, es sei denn, Volk und Parlament sorgen für das Upgrade, also einen Verteidigungsetat, der den Umbau etwas schleuniger bewältigt, als es seit der Selbstauflösung der Sowjetunion der Fall war. Reichen denn die Mittel wenigstens für die Seepatrouille vor der Küste des Libanons? Ja, aber.

Den Kern der Flottille bilden die Schnellboote, die sich mit ihren RAM- und Exocet-Raketen ganz gut gegen fliegende und schwimmende Ziele durchsetzen können, mit ihren 27-Millimeter-Geschützen auch im Nahkampf. Bloß: Selbst mit den beiden Fregatten ergeben diese Boote keine Hochseeflotte, die ewig durchs Mittelmeer pflügen könnte (auf küstennahem Seeweg). Die Regierung sei also gewarnt: Einjahresmandate verwandeln sich gern in endlose, wie die Unifil zeigt, die seit 1978 im Libanon steht.

Die Mittel sind knapp und etwas veraltet, passen aber zur Bedrohung, weil Hisbollah dank des israelischen Bombardements keine Antischiffraketen mehr hat, vorläufig. Auf See ist es jedenfalls sicherer als im Bekaa entlang der

Grenze zum traditionellen Waffenspediteur Syrien. Und der Zweck? Lassen wir die sonoren Beschwörungen, auch wenn Merkel Recht hat mit ihrer Bemerkung, wonach das »Existenzrecht Israels« Teil deutscher »Staatsräson« sei.

Der Zweck ist nicht nur moralisch-historischer Natur, sondern entspricht auch dem »erweiterten nationalen Interesse«, weil Nahost längst in Europa angelangt ist. Frieden schaffen, das kann kein Außenseiter. Doch etwas näher heranrücken, Hisbollah und Mäzenen signalisieren, dass Gewalt kein Privatgeschäft, sondern Sache der Staatengemeinschaft ist da passen die Mittel zum Zweck. Ein Stück Abschreckung ist schon mal gut, und wenn die auch die Diplomatie befördert, umso besser.

Warum aber die Deutschen? Da meldet sich das »engere nationale Interesse«. Dabei sein ist zwar nicht alles, aber wer jeglichen Einsatz verweigert, kann auch in der Diplomatie nicht mitspielen. Die deutsche ähnelte zwei Wochen lang einem Hühnerhaufen. Trotzdem hat sich das Gegacker gelohnt. Diskret, aber kaltblütig hat sich Berlin so lange geziert, bis Beirut zum Wochenbeginn nachgab: ja zum

»robusten« Mandat, ja zur Patrouille »ohne Einschränkung«, also bis zum Strand. Im Oktober sind die Deutschen nach hundert Jahren wieder in Nahost, aber sehr viel verantwortungsbewusster als Wilhelm Zwo mit seiner Bagdad-Bahn.

Ist die »Reichweite unserer Moral weit größer als die Mittel, ihr weltweit zum Durchbruch zu verhelfen«?, fragte einst der erste rot-grüne Verteidigungschef Scharping. Im Prinzip schon, in diesem Fall aber nicht. Der nächste Fall Afghanistan wird aber richtig quälen, und der darauf folgende Darfur nicht minder. Zwischendurch wäre es gut, sich etwas mehr um unser »nahes Ausland«, Europa, zu kümmern, das vom Radar gefallen zu sein scheint um Frankreich, Polen, England Die bedrohen uns nicht, sind aber für unser Wohlergehen doch eine Größenordnung wichtiger als der Libanon. Denn eine gute Außenpolitik beginnt immer zu Hause und das ist Europa.

Audio [www.zeit.de/audio](http://www.zeit.de/audio)